Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10860

27. 05. 98

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Karl Lamers und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Fraktion der F.D.P.

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/10075, 13/10402, 13/10694 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. September 1996 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den letzten Jahren konnte die Staatengemeinschaft große Erfolge im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen erringen – u. a. die unbefristete Verlängerung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) im Jahr 1995, der Abschluß des Umfassenden Atomteststoppabkommens (CTBT) im Jahr 1996 und die Abrüstung von etwa 36 000 Atomwaffen seit Ende des Kalten Krieges, also mehr als die Hälfte aller zu Hochzeiten des Ost-West-Konfliktes vorhandenen Sprengköpfe.

Durch die fünf indischen Atomtests im Mai 1998 sind die Risiken nuklearer Proliferation gestiegen. Das Verhalten Indiens ist nur in den Kategorien überholten, traditionellen Machtdenkens erklärbar. Es ist zu hoffen, daß Pakistan besonnen reagiert und seinerseits auf Atomtests verzichtet.

Die atomaren Kapazitäten geben Indien lediglich scheinbare Sicherheit. In Wahrheit tragen sie zu einer Verschärfung der Spannungen bei und provozieren Instabilitäten sowie einen Rüstungswettlauf in der Region. Der Status einer Großmacht hängt heute weniger von Kernwaffen als vielmehr von der Wirtschaftskraft und einer verantwortungsvollen Politik eines Staates ab. Auch deshalb wäre es klüger, wenn die indische Regierung die Gelder, die sie nun für ein Atomwaffenprogramm ausgibt, in die Armutsbekämpfung oder die Eindämmung des rasanten Bevölkerungswachstums stecken würde. Indien ist ein bedeutendes Land, für Deutschland seit vielen Jahren Partner und Freund. Die größte Demokratie der Welt hat nicht nur eine eindrucksvolle Geschichte, sondern verfügt auch über ein enormes Potential für die Zukunft.

Der Deutsche Bundestag

- gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die zunehmend nationalistischen Kräfte in Indien nicht dauerhaft die Oberhand gewinnen und das Land zu einer verantwortungsvollen Politik zurückfindet, um nicht selbstverschuldet in die Isolation zu geraten;
- fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß Indien so bald wie möglich das Atomteststoppabkommen unterzeichnet. Darüber hinaus sollte Indien, ähnlich wie es Südafrika mit seinen Atomwaffen gemacht hat, seine Nuklearwaffen vernichten und dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten;
- fordert die Bundesregierung auf, Pakistan zu verdeutlichen, daß Atomtests lediglich zu einer Eskalation führen können und es daher im eigenen Interesse dieses Landes ist, auf Tests zu verzichten;
- fordert die Vereinten Nationen zu Bemühungen auf, ein Sicherheitssystem unter Einschluß von Sicherheitsgarantien für die Region zu errichten, um der Gefahr eines Dominoeffektes bei der Proliferation zu begegnen;
- fordert die Atommächte auf, ihre Bemühungen zur Abrüstung der Atomwaffen entschieden fortzusetzen und sich darüber hinaus verstärkt für den Beitritt derjenigen Staaten zum Nichtverbreitungsvertrag einzusetzen, die ihn bislang noch nicht unterzeichnet haben;
- begrüßt die schnelle und deutliche Reaktion der Bundesregierung auf die indischen Atomtests, indem die Entwicklungshilfe 1998 in Höhe von 315 Mio. DM für Indien nicht zugesagt wurde. Weitere Sanktionen sollten nur nach sorgfältiger Abwägung eingesetzt werden, um nicht die Ärmsten der Armen in dem Entwicklungsland Indien zu treffen.

Bonn, den 27. Mai 1998

Dr. Friedbert Pflüger
Karl Lamers
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333